

Am Nachmittag des Wohlfahrtsstaats

Zukunft der Daseinsvorsorge

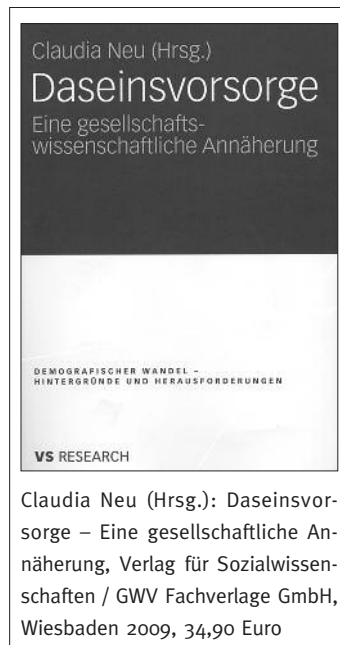
(BS/Carsten Köppl) Die Politik werde keine "verlorenen Regionen" akzeptieren – Ex-Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee wurde Mitte 2009 nicht müde, diesen Satz zu wiederholen. Der Grund dafür war eine vom Verkehrsministerium selbst in Auftrag gegebene Studie vom Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Dort empfahl das Institut, bestimmte schrumpfende Regionen nicht mehr zu fördern, bzw. die Förderung zu überdenken. Durch seine vehemente (Über-)Reaktion unterband Tiefensee, dass über eine der bedeutendsten Fragen des nächsten Jahrzehnts diskutiert wird: Wie soll zukünftig die Daseinsvorsorge gewährleistet werden? Ein neues Buch bietet jetzt abermals die Gelegenheit zur Diskussion über den Staat von morgen – diesmal sollte sie genutzt werden.

Die Diskussion um die Zukunft der Daseinsvorsorge wird sich nicht mehr mit dem Verweis auf die grundgesetzlich verankerten "gleichwertigen Lebensverhältnisse" zuschütten lassen. Dafür sind die Veränderungen in den Kleinstädten und Dörfern schon heute zu einschneidend und die gesellschaftlichen Veränderungen durch den demographischen Wandel in Deutschland zu massiv.

Auch in dem Sammelband "Daseinsvorsorge", herausgegeben von Claudia Neu vom Johann Heinrich von Thünen-Institut in Braunschweig, kommen die Vorschläge wieder vor, die Wolfgang Tiefensee vor einem Dreivierteljahr den Kragen platzen ließen. Der Anspruch auf die Erfüllung gleichwertiger Lebenschancen werde nicht weiter aufrechtzuerhalten sein, schreiben beispielsweise Dr. Weertz Canzler und Prof. Dr. Andreas Knie. Auch sie empfehlen eine Änderung der staatlichen Förderung und greifen auch die "Umzugsprämien" wieder auf. Sie stehen mit ihrer Beurteilung nicht alleine in dem Sammelband. Im Gegensatz zur Politik, die sich vor der Debatte um die Gleichwertigkeit fürchtet, wird sie in der Raumordnung schon lebhaft geführt.

Abstiegskampf der alten Leitfiguren

Dabei ist die Daseinsvorsorge mit dem Gleichwertigkeitsgrund-



Claudia Neu (Hrsg.): Daseinsvorsorge – Eine gesellschaftliche Annäherung, Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2009, 34,90 Euro

satz ein zentraler Baustein der Bundesrepublik als Wohlfahrtsstaat. Infrastrukturen haben stets mehr als reine Versorgungsfunktionen für die Bürger erfüllt, sie beförderten zugleich die soziale und territoriale Integration der Gesellschaft, schreibt Claudia Neu. D. h. an jedem Ort der Republik die gleiche Ausstattung mit Bildungseinrichtungen, Freizeitanlagen, Betten in Krankenhäusern, Autobahnen und Zuggleisen, aber auch mit Arbeits- und Ausbildungsplätzen bereitzustellen. So war der Ausbau der Infrastrukturen auch immer eine staatliche Vorleistung, in der Annahme, sie werde sich später durch wirtschaftliches Wachstum in der Region wieder auszahlen.

Diese Annahme hat sich infolge der Wiedervereinigung als nicht tragfähig erwiesen.

Vielmehr hat sich seit den neunziger Jahren der Bruch im Wohlfahrtsstaat zugespitzt. "Wir befinden uns am Nachmittag sorgender Wohlfahrtsstaatlichkeit, aber keineswegs in den Abendstunden", schreibt der Soziologe Dr. Berthold Vogel. Sichtbar wird das Modell eines "Gewährleistungsstaates". Der Staat sorgt nicht mehr primär für die Reduzierung sozialer Ungleichheit, gesicherte berufliche Laufbahnen und den Ausbau öffentlicher Dienste, sondern zieht sich Stück für Stück aus der Leistungserbringung zurück und stellt sicher, dass vormalig staatliche Dienstleistungen nun durch private oder zivilgesellschaftliche Anbieter erbracht werden. Damit einher geht ein massiver gesellschaftlicher Wandel. So schreibt der Soziologe Vogel: Im gewährleistenden Staat versuchen neue Leitfiguren Karriere auf der gesellschaftlichen Bühne zu machen: der Controller, der Projektentwickler, der Therapeut oder der Case Manager, schreibt Vogel. Die fachgeschulten Arbeiter und Angestellten in Industrie, Handel und im Öffentlichen Dienst hingegen führen mehr und mehr den Abstiegskampf.

Wer soll die Leistungen erbringen?

Dennoch wird der größte Anteil

der Daseinsvorsorge immer noch innerhalb des Staates selbst produziert, schreibt Dr. Klaus Einig vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (siehe dazu auch Seite 11). Der Modellwechsel von "sorgend" zu "gewährleistend" ist anspruchsvoll, vor allem für die Verwaltung. Vor allem in besonders vom Bevölkerungsrückgang betroffenen Räumen kann der Anpassungsprozess der Infrastrukturen nicht auf hierarchischem Weg koordiniert werden, schreibt Einig. Dies gehe nur über die Initiierung und das Management von Netzwerken. Entscheidungen über regionale Versorgungsstandards, zu erhaltende oder zu schließende Einrichtungen sowie alternativen Organisationsmodelle können nur in Netzwerken und unter Beteiligung aller relevanten Akteure getroffen werden.

Die Organisation der Daseinsvorsorge braucht flexible Lösungen. Wer diese Leistungen künftig zu erbringen hat und wie, wird Teil eines langen und harten Aushandlungsprozesses, der vor allem in den Regionen, aber auch auf Bundesebene geführt werden muss.

Der Sammelband "Daseinsvorsorge" bildet hierfür die optimale Grundlage, vor allem weil erstmals die Standpunkte der Rechtswissenschaften, Geografie und Soziologie zusammen geführt werden. Fazit: Kaufen! Lesen! Diskutieren!